

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Max Baumbach  
Verlagsnummer: 22641  
Kurs für Redaktionsbeleg: 20011  
Schmiedestraße 11, Postfach 111  
Dresden - N. 1, Kastenstraße 24/25

Bezugspreis vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung pro Jahr 1,70 RM.  
Bezugspreis für Roma Mail 2,40 RM. einschließlich 26 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).  
Abonnement 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Kuponpreis: Die Kupons werden nach  
Schlusszeit berechnet: die einpfortige 30 mm breite Seite 35 Pfg., für außerhalb 40 Pfg. Familien-  
abonnenten und Stellenbesitzer ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Familienzeile  
300 Pfg., außerhalb 350 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Zuständige Poststelle gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Max Baumbach,  
Dresden, Schmiedestraße 11, 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
Dresden, Nachr., täglich, Donnerstag  
Schmiedestraße werden nicht aufbewahrt

**KONDITOREI**  
**Limberg**  
Prager Straße 10

**Eis - Eisgetränke**  
**Eiscreme**  
Eiscreme auch in Isolierpackungen zum Mitnehmen  
**Reiche Auswahl in Zeitungen**

**THÜRMER-FLUGEL**  
**PIANOS**  
Kunstspielplanos  
seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat  
**Meißen i. Sa., Martinstraße 12**

**Café Hülfert** *Konzert-*  
*Konditorei*  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße  
*Tägl. Konzerte*  
**Gustav Agente Der Balkon Dresdens**

## Die Sanierung der Reichsfinanzen

### Dr. Moldenhauers Sparprogramm

Berlin, 14. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Vorbereitungen für das Ausgabenlenkungs-gesetz sind im Reichsfinanzministerium abgeschlossen. Der Reichsfinanzminister plant, das Gesetz in aller nächster Zeit der Reichsregierung zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Gesetz dürfte ziemlich umfangreich sein. Es soll Neuregelungen und Vereinfachungsmaßnahmen auf den verschiedenen Gebieten bringen. Vor allem kommt in Frage eine **Verringerung der Zahl der Reichsbehörden**

durch allmähliche Auflösung oder Zusammenlegung bestehender Behörden. Dr. Moldenhauer weist hier auch auf die Möglichkeit hin, das mit der Heilbrunn-Drummond überlieferte Ministerium für die besetzten Gebiete aufzulösen. Dieses Ministerium könnte nach einer gewissen Uebergangszeit fortfallen. Nach der Meinung des Reichsfinanzministers bestehen aber auch **zwei Oberpostdirektionen, Postdirektionen, Landesfinanzämter, Finanzämter und Amtsgerichte.**

In Frage kommt ferner eine Verringerung des Personalaufwands durch Vorschriften, die eine allmähliche Verringerung der Kopfzahl der Beamten und Angestellten erreichen. Von Seiten der Länder ist die Bitte ausgesprochen worden, daß die

**Dienstaltersgrenze von 65 auf 68 Jahre heraufgehoben** wird. Der Abbau der Sonderzulagen soll in einer Reihe von Jahren erfolgen. Zum Besoldungsvergleich sind die Vorschläge im einzelnen noch nicht ausgearbeitet. Hier finden noch Verhandlungen zwischen den Ressorts statt. Es ist allerdings eine Angleichung von Reich, Ländern und Gemeinden vorgesehen, wobei aber der Vermeidlichkeit der Stellung in den Gemeinden Rechnung getragen werden soll.

Bei der vorgeschlagenen Kürzung der Pensionen ist in Aussicht genommen, daß bei logenanneten Doppelverdienern das Arbeitsentkommen, das 6000 M. übersteigt, zur Hälfte angerechnet werden soll. Weiterhin ist erörtert worden die Einschränkung weiterer Rentenerhöhungen für Kriegsschädigte.

In leichteren Fällen wird eine Vereinfachung des Verfahrens vorgeschlagen. In dieser Hinsicht sollen binnen kurzem Vorschläge gemacht werden, da nicht eine Kürzung der Kriegsschädigtenrenten an sich beabsichtigt ist, sondern nur eine Verringerung des dauernden Zugangs. Der Reichsfinanzminister legt dann noch Wert darauf, zu betonen, daß er im Augenblick alle Wünsche auf Besoldungserhöhung der Beamten ablehnen müsse.

### Treviranus - Reichsverkehrsminister?

**Rücktrittsgerüchte um v. Subrard**  
Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Mai. Die „Alln. Zeitung“ gibt heute die Mitteilung wieder, daß der Reichsverkehrsminister v. Subrard am 1. Juli d. J. von seinem Posten zurücktreten und durch den Minister für die besetzten Gebiete, Treviranus, ersetzt werden würde, dessen Ministerium demnächst den Sparmaßnahmen des Kabinetts zum Opfer fallen würde. An den Berliner amtlichen Stellen kann man noch keine Auskunft darüber erhalten, ob diese Angaben des rheinischen Blattes zutreffend sind oder nicht. Wahr ist lediglich, daß der Reichsfinanzminister in dem von ihm vorbereiteten Ausgabenlenkungs-gesetz, auf dessen Einzelheiten wir oben eingehen, die Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete fordert. Welche weiteren Konsequenzen sich aus dieser Forderung des Reichsfinanzministeriums noch ergeben werden, steht im Augenblick noch dahin. Ob allerdings das Zentrum mit einer Lösung, die es eines Stiches im Kabinett beraubt, einverstanden sein würde, ist noch eine andere Frage.

### Provinz

Berliner Uebersetzung aus dem Französischen

Die Geschichte von den drei gemahregelten hannoverschen Landräten beginnt Gemeingut des deutschen Volkes zu werden. Sie gehört zu den besonders ausgearteten Fällen eines ebenso betrüblichen wie rätselhaften Mißverehens zwischen Reichshauptstadt und Reich, oder — in diesem Falle — genauer zwischen der Hauptstadt Preußens und dem Lande. Rätselhaft jedoch nur für die wohlwollenden Beurteiler, die nicht gleichzeitig den Berliner Ton und die Stimmung „da draußen“ beurteilen können.

„Da draußen“ ist für den beschränkten Berliner Horizont die Provinz. Die von „da draußen“ gepflegten harmlos ist, dem aber in übertragener Bedeutung ein entwertender und darum peinlicher Beigeschmack anhaftet, mit grimmiger oder überlegenem Lächeln „Provinz“ — in Anführungszeichen — zu sprechen. Der „weltschmerzliche“ unbesetzte Berliner dagegen sagt in vollem Ernste: Provinz. Er empfindet nicht die Lächerlichkeit, die in der Vorstellung liegt, daß etwa Königsberg oder Hannover oder Hamburg oder Köln oder München oder Frankfurt am Main oder Dresden und Leipzig oder Breslau, um nur wenige zu nennen, Provinz sein sollen; Provinz in dem für Deutschland unmöglichen Sinne, daß sie ihr Licht von der Reichshauptstadt erhalten. Ist es an und für sich schon Schlimmeres als großer Unfug, Millionen- und Halbmillionenstädte mit ihren kennzeichnenden Industrieen und wirtschaftlichen Sonderleistungen als Provinz zu bezeichnen, so muß man es schlechthin als Mangel an Verstand und sogar Verstand beurteilen, wenn diese zwanzig und mehr großen Gemeinwesen und die bodenständige, selbstbewußte Kultur der Landschaften, deren kraftvollste Menschenanbahnung sie darstellen, mit ihrer reichen und stolzen Tradition hochmütig als Provinz abgetan werden.

Die Berliner Anwendung des Begriffs Provinz auf an Tradition und Kulturleistung mindestens ebenbürtige Städte und ihre umgebenden Wohngebiete und Menschen ist nicht anders als eine Uebersetzung aus dem Französischen. Und zwar eine höchst mangelhafte. Paris ist vielleicht Frankreich, vielleicht; denn in Marseille und anderen Städten denkt man darüber ebenfalls kritisch. Aber Berlin ist ganz bestimmt nicht Deutschland. Das gilt in viel härterer Grad noch, als daß London zwar England, aber nicht Großbritannien und Rom keineswegs Italien ist. Wer die Pariser Presse, wer die Londoner, wer die New Yorker Presse liest, kennt die Meinung Frankreichs und Englands und Amerikas. Aber wer wollte die Kühnheit aufbringen, die Meinung der Berliner Presse als die Meinung Deutschlands zu bezeichnen? Wer der Literatur, dem Theater, der Musik, der Universität der Lichtstadt an der Seine näher tritt, kennt die Kultur Frankreichs, Berliner Theater, Berliner Literatur, Berliner Musik, Berliner Wissenschaft sind aber ganz und gar nicht der Kulturausdruck Deutschlands. Das ist keine Behauptung, sondern eine Tatsache, deren Zweiflung selbst in Berlin vielerorts als lächerlich empfunden würde. Führt einmal den vierstündigen „Provinzler“ zu den fünften, zehnten Aufführungen eines Abgottens Reinhardt und wundert euch nicht, wenn er überrascht und aufrichtig in den Ruf ausbricht: „Ander, das könnt ihr bei uns aber besser sehen! Da sind unsere Schauspieler doch ganz anders bei der Sache!“

Und doch gibt es diesen beschränkten Berliner Horizont, der von Provinz spricht und, wenn er politisch einflußreich ist, auch danach handelt. Aus dieser Einstellung heraus schufen die Braun und Waentig den Fall der drei hannoverschen Landräte und sind daß erschreckt, daß daraus eine Bewegung für ein dezentralisiertes Niedersachsen entsteht und der Gedanke der Reichsreform aus dem Altenhaus unfruchtbarer Ausschüsse in die fruchtbare Seele des „Volkes in der Provinz“ übersteht. Landrat! Was ist das schon? Ein Posten für erfolglose, in Skandale verwickelte ehemalige Minister wie beispielsweise den preussischen Handels- und Postminister Sterina. Die sozialdemokratischen Minister werden nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung Oberpräsidenten. Drei hannoversche Landräte sind bei einer Abstimmung als Provinzialabgeordnete der Weisung eines solchen Oberpräsidenten nicht gefolgt, also erklären Braun und Waentig sie als „nicht mehr verwendbar“ und begreifen nicht, daß eine Bevölkerung weit hinten in der Provinz entrüht ist über eine derartige Nichtachtung der Leistung von vertrauenswürdigen Beamten, die Jahrzehnte in ihrem Kreis gearbeitet haben, ihr Landratsamt nicht als Parteieinkünfte führten, sondern das Beste ihrer Lebensarbeit hineinsteckten. Mit absolutistischer Geistesverfassung, daß die Abordnung des Provinziallandtages, die mit ihm eine persönliche Unterredung über den Fall der drei Landräte

## Die Reform der Arbeitslosenversicherung

### Vorschläge der Reichsanstalt

Berlin, 14. Mai. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung teilt mit: Durch das Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform vom 20. April 1930 ist dem Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom Weisgeber der Auftrag erteilt worden, der Reichsregierung Vorschläge zu machen, um den Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt zu erleichtern.

In schwierigen Beratungen ist der Vorstand zu entsprechenden Vorschlägen gelangt. Es galt, einen **Jahresfehlbetrag von 335 Millionen Mark**

auszugleichen. Dieser Fehlbetrag würde sich nach den Vorschlägen des Vorstandes um eine Summe vermindern, die nach Schätzungen der Verwaltung rund 260 Millionen Mark ausmacht. Es blieben dann etwa 75 Millionen Mark noch zu decken.

Die größte Verminderung der Ausgaben soll eintreten durch die **Senkung der Hauptunterstützung**

für die Angehörigen der fünf oberen Lohnklassen auf die geltende Höhe der Krisenunterstützung, jedoch erfolgt die Senkung nur, soweit die Arbeitslosen kein volles Jahr in Arbeit gestanden haben. Die Familienzuschläge sollen nicht vermindert werden. Diese Regelung für alle Arbeitslosen mit kurzen Anwartschaften schließt die Sonderregelung des Saisonarbeiterproblems in sich.

Mit diesem Vorschläge auf Senkung der Leistungen verband der Vorstand den Vorschlag,

**den Beitrag in Notzeiten auf 4 v. H. des Arbeitsentgeltes zu erhöhen.**

Die Ausgaben sollen weiter durch Begrenzung des Unterhaltungsanspruches auf Arbeitslose im Alter zwischen 17 und 65 Jahren vermindert werden; jedoch soll die untere Altersgrenze nur so lange gelten, als in den nächsten Jahren der Arbeitsmarkt der Jugendlichen durch den Geburtenausfall der Kriegsjahre eine Entlastung erfährt.

Zur Erleichterung des Ausgleiches zwischen Stadt und Land erschien die Einbeziehung des ländlichen Gefolkes, soweit es nicht auf Jahresverträge beschäftigt wird, in die Arbeitslosenversicherung geboten.

Zur Krisenunterstützung hielt der Vorstand die Uebernahme des Gemeindefünftels auf das Reich für geboten. Er sprach sich im Hinblick auf die trienarischen Arbeitsmarkttage für eine Ausdehnung der Krisenunterstützung aus und wies auf die Zusammen-

hänge mit der gemeindlichen Wohlfahrtspflicht und die Notwendigkeit ihrer Berücksichtigung beim Finanzausgleich hin. Die einzelnen Beschlüsse wurden mit verschiedenen starken Mehrheiten, zum Teil gegen eine große Minderheit, gefaßt.

### Kabinettsitzung - keine Entscheidungen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Mai. Das Reichskabinett hielt heute nachmittags eine Sitzung ab, in der es sich mit der Erledigung sogenannter laufender Angelegenheiten befaßte. Die für heute vorgesehene endgültige Verabschiedung der Hilfsmaßnahmen für den Osten konnte entgegen den noch heute vormittag gehegten Erwartungen doch nicht vorgenommen werden, da sich der Gesundheitszustand des Vizekanzlers und Wirtschaftsministers Dietrich nicht so weit gebessert hatte, daß er an den Kabinettsberatungen hätte teilnehmen können.

Die **Druckfragen wurden daher in der heutigen Kabinettsitzung überhaupt nicht berührt.**

Sie stehen dafür auf der Tagesordnung der für Donnerstag nachmittags anderamtigen Kabinettsitzung, der voraussichtlich der Wirtschaftsminister schon wieder beizuwohnen wird. Die Ressortbesprechungen über die Dillillemasnahmen wurden dagegen heute noch fortgesetzt. Ueber ihre Ergebnisse werden aber keine Mitteilungen gemacht, da sie ja lediglich als Grundlage für die Kabinettsbeschlüsse dienen sollen. Infolgedessen läßt sich jetzt auch noch gar nicht sagen, wie

die **Finanzierung des landwirtschaftlichen Dilliprogramms** vorgenommen werden wird. An der Berliner Börse waren heute Gerüchte verbreitet, daß der offene Kapitalmarkt zu diesem Zwecke in Anspruch genommen werden würde, während nach anderen Gerüchten die Mittel durch Ausgabe von Schatzanweisungen, die nicht börsenfähig werden sollen, sondern bei den in Frage kommenden Instituten beschaffbar sein würden, beschafft werden sollten. Auch in dieser Frage werden die endgültigen Beschlüsse des Kabinetts die notwendige Klarheit bringen.

**Glückwünsche zum 60. Geburtstag des Reichstagspräsidenten Eiser.** Der Reichspräsident hat dem Vizepräsidenten des Reichstages, Eiser, telegraphisch herzliche Glückwünsche zum 60. Geburtstag ausgesprochen. Der Reichskanzler sandte ein Glückwunschk Telegramm, zugleich im Namen der Reichsregierung.